

Das rechte Versuchslabor

Die Entstehung der AfD und die Risse innerhalb des neoliberalen Machtblocks

Sebastian Friedrich

Die *Alternative für Deutschland* (AfD) ist bisher in zehn von 16 Landtagen eingezogen, im Wahljahr 2017 ziehen aller Voraussicht nach AfD-Funktionäre in weitere Landtage und in den Bundestag ein. Der Erfolg der AfD übertrifft bereits jetzt alle bisherigen rechten Parteiversuche in der Bundesrepublik Deutschland. Doch die AfD steht nicht alleine, auch wenn sich die Auseinandersetzung um die Rechtsentwicklung in Deutschland häufig auf ihren rasanten Aufstieg konzentriert: In den vergangenen Jahren hat sich ein rechtes »gesellschaftliches Projekt« etabliert, das weit über die AfD hinausgeht. Solche gesellschaftlichen Projekte umfassen verschiedene soziale Gruppen und Einzelpersonen, »die sich teils bewusst aufeinander beziehen, sich aber auch voneinander abgrenzen und sich selbst nicht als Teil eines »gemeinsamen Projekts« begreifen würden«. (Buckel u.a. 2014: 46) Die unterschiedlichen AkteurInnen haben ähnliche Strategien und Zielvorstellungen, um die von ihnen identifizierten Probleme zu lösen. Und sie eint das Ziel, diese Gesellschaft grundlegend verändern zu wollen. Gesellschaftliche Projekte entstehen nicht von heute auf morgen, sondern formieren sich – zum Beispiel über konkrete politische Initiativen, die sich als Lösung für bestimmte soziale, ökonomische oder politische Krisen präsentieren. (Bieling 2000: 106) Solche Initiativen kann man sich als thematische Knotenpunkte vorstellen, auf die sich die Protagonisten beziehen. (Stützle 2013: 14)

AfD Ausdruck und Motor der rechten Formierung

Im Falle des sich formierenden rechten Projekts in Deutschland waren die beiden Themenfelder zentral, die schon beim Aufbau der AfD den Konsens sicherten: die Eurorettungspolitik und später die Flüchtlingspolitik. Mit beidem assoziierten Angela Merkel und beide Argumentationslinien waren und sind nicht frei von Widersprüchen. Im Falle der Kritik an der EU-Rettungspolitik reicht das Spektrum der Forderungen von »Raus aus EU und Euro« bis zu einer Reform der Währung und der Europäischen Union. Zwar gibt es auch beim Thema Flucht und Migration unterschiedliche Vorstellungen (etwa was die Frage betrifft, wie viel Einwanderung aus ökonomischen Gesichtspunkten vertretbar ist), doch fanden die AkteurInnen mit strengeren Asylkriterien und der Wiedereinführung von Grenzkontrollen einen gemeinsamen Nenner. Die Klammer um beide Konsensthemen ist die Ablehnung Merkels und deren Credo von der Alternativlosigkeit ihrer Politik. An weiteren verbindenden Themen mangelt es nicht. Die verschiedenen rechten Strömungen haben Überschneidungen in einem konservativen Familienbild und in der Betonung »deutscher Leitkultur« gegen eine angebliche »Überfremdung« oder »Islamisierung«. Der Kitt zwischen den unterschiedlichen Denkschulen ist eine Ideologie der Ungleichheit. (Kemper 2016: 83)

Die AfD spielt bei der Formierung der Rechten eine entscheidende Rolle, denn sie bietet die Plattform, auf der sich die unterschiedlichen Fraktionen und AkteurInnen sammeln und – öffentlich stark beachtet – ihre Positionen diskutieren. Die AfD ist damit sowohl

Ausdruck der rechten Formierung als auch ihr Motor. Ihre Funktion ist also die eines Versuchslabors: In der Partei wird sich zeigen, ob die verschiedenen Flügel der bürgerlichen Rechten in Deutschland zusammenarbeiten können – und welche der Strömungen die Führung innerhalb des rechten Projekts übernehmen wird.

Wie erfolgreich ein gesellschaftliches Projekt ist, hängt nicht ausschließlich, aber auch davon ab, ob es gelingt, Teile der Wirtschaft einzubinden. Während das exportorientierte Kapital den Aufstieg der Rechten mit Sorge sieht, bekommt die AfD von jenen Unterstützung, die sich im Zuge der Krise aus dem gemeinsamen Block des Kapitals zu lösen beginnen. Die Risse innerhalb des neoliberalen Blocks vertieften sich vor allem im Zuge der sogenannten Eurokrise 2010. Ein Blick zurück zeigt: Diese Krise war Ausgangspunkt für die Gründung der AfD.

Risse im neoliberalen Block

Spätestens mit der Wirtschaftskrise ab dem Jahr 2007 war der Neoliberalismus mit seinen eigenen Widersprüchen konfrontiert. Grundsätzlich gibt es in einer Strukturkrise zwei Möglichkeiten: Entweder modernisiert sich das Bestehende – oder es findet ein Paradigmenwechsel statt. Auch wenn es kurze Zeit nach einem Umschwung aussah, hat sich letztlich die Modifizierung neoliberaler Leitsätze durchgesetzt.

Nicht nur im bürgerlichen Feuilleton, in dem traditionell links und rechts ausgesichert werden darf, gerieten Prämissen kurzfristig ins Wanken, die in den Jahren zuvor nicht angetastet worden waren. (Friedrich 2012) Selbst die deutsche Bundesregierung orientierte sich zumindest ansatzweise an nachfrageorientierten Politikkonzepten: Sie akzeptierte zunächst Defizite, um die Konjunktur anzukurbeln, und glich damit die in der Krise sinkende Nachfrage aus (Verschrottungsprämie). Die 2009 beschlossene sogenannte Schuldenbremse zeigte allerdings, dass diese erhöhten Staatsausgaben nur als vorübergehende Phase gesehen wurden.

Auch wenn die herrschende Finanz- und Wirtschaftspolitik sich schnell wieder entlang angebotsorientierter Grundsätze ausgerichtet hat, wie die Fiskal- und Austeritätspolitik der EU verdeutlicht, wurden im Zuge der Eurokrisenbekämpfung Widersprüche zwischen der neoliberalen Politik der EU und den national orientierten Neoliberalen in Deutschland offensichtlich. »Die Auseinandersetzungen über das Krisenmanagement haben die Widersprüche innerhalb der herrschenden Klassen, namentlich in der EU, enorm vertieft. In den Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen entzündet sich der Dissens vor allem an der Vergemeinschaftung der Haftung für die Staatsschulden von Mitgliedsstaaten der Eurozone.« (Prokla-Redaktion 2016: 524)

Die Differenz basiert im Wesentlichen auf sich in Teilen entgegenstehenden Interessen: Die EU und mit ihr an zentraler Positionen die Europäische Zentralbank (EZB) haben die Wirtschaft im gesamten Euro-Raum im Blick. Im Zweifel müssen sie sich trotz des großen Einflusses der deutschen Regierung über die spezifisch deutschen Interessen hinwegsetzen. Hinzu kommen unterschiedliche Ausrichtungen innerhalb des deutschen Kapitals, die sich etwa aus verschiedenen Absatzmärkten ergeben.

Grundsätzlich stehen Unternehmen im Kapitalismus in Konkurrenz zueinander, doch jahrzehntelang bildeten weite Teile des Kapitals eine Art politische Einheit und artikulierten ihre Interessen gemeinsam. Mittlerweile differenzieren sich die Kapitalfraktionen zunehmend aus, und es treten divergierende Interessen zutage. (Sablowski 2008) Insbesondere die Widersprüche zwischen Konzernen, die auf europäischen und globalen Märkten

agieren, und Unternehmen, die weit eher auf regionale und lokale Absatzmärkte orientiert sind, werden hier für die Analyse der AfD relevant.

Das hegemoniale transnational orientierte Kapital kann in der Regel flexibler auf günstigere Standortbedingungen in anderen Ländern, Regionen und Kontinenten reagieren. Aus diesen unterschiedlichen Voraussetzungen ergeben sich widerstreitende Interessenslagen. So profitiert ein exportorientierter Konzern vom europäischen Binnenmarkt ebenso wie vom – im Vergleich zur D-Mark – eher billigen Euro, weil er seine Wettbewerbsfähigkeit stärkt. Hingegen macht es für ein Unternehmen, das für den Inlandsmarkt produziert, keinen eklatanten Unterschied, ob die Waren in Euro oder D-Mark bezahlt werden.

Entstehungsgeschichte der AfD

Ein klar national ausgerichteter Neoliberalismus hat sich in Deutschland bisher nicht in einer eigenen Partei organisiert, sondern versuchte vorwiegend auf die bestehenden Parteien (vor allem CDU/CSU und FDP) Einfluss zu nehmen. In den vergangenen Jahren ist es vor allem die Kritik am Euro und an der EU-Rettungsschirmpolitik gewesen, die Rechtsliberale gegen die Regierungspolitik mobilisiert hat, die ihrerseits einsehen musste, dass mit dem Euro eine neue Qualität der europäischen Integration erreicht wurde, die nicht ohne weiteres rückgängig zu machen ist. Die Kritik der explizit national ausgerichteten Neoliberalen an der vorherrschenden Ausprägung neoliberaler Politik, die weiß, dass nach dem Zweiten Weltkrieg deutsche Hegemonie nur als europäische möglich ist, war bereits vor der Gründung der AfD mit einem Namen verbunden: Bernd Lucke, dem Gründer der AfD.

Kurz vor der Bundestagswahl 2005 initiierte Lucke gemeinsam mit zwei Kollegen, den VWL-Professoren Thomas Straubhaar und Michael Funke, den »Hamburger Appell«. Dieser wurde von mehr als 200 Personen aus der Wissenschaft unterzeichnet und richtete sich gegen Wirtschaftsprogramme, die mittels der Ausweitung öffentlicher Ausgaben die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ankurbeln wollten. Stattdessen plädierten sie für die Senkung der Arbeitskosten sowie einen strikten Sparkurs. (Funke/Lucke/Straubhaar 2005)

Viele derjenigen, die den Appell unterschrieben hatten, waren auch Teil des »Plenums der Ökonomen«, das im September 2010 federführend von Lucke ins Leben gerufen wurde. Aus diesem Kreis entstand im Februar 2011 eine Stellungnahme gegen den Plan der europäischen Finanzminister, einen dauerhaften Rettungsmechanismus einzurichten und den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) auszudehnen. Eine Vergemeinschaftung der Schulden, zu diesem Zeitpunkt vor allem in Bezug auf Griechenland im Gespräch, wurde strikt abgelehnt. Es folgten mehrere Aufsätze Luckes in der FAZ, die diese Position unterstrichen. Offensichtlich verfolgte er die Strategie, die damals regierende schwarz-gelbe Bundesregierung auf diskursiver Ebene zu überzeugen. Im Herbst 2011 unterstützten zahlreiche Volkswirte – darunter auch Lucke – in einem offenen Brief einen von Frank Schäffler initiierten Mitgliederentscheid der FDP, in dem über den weiteren Eurorettungskurs abgestimmt wurde. Die Entscheidung ging aus Sicht dieser Ökonomen, die sich gegen eine »Haftungsunion« aussprachen, knapp verloren. Danach wurde der Ton gegenüber Schwarz-Gelb schärfer.

All diese Vorstöße durch Rechtsliberale adressierten aber bis zum Sommer 2012 immer noch die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP. Sowohl die Medieninterventionen in Form von Interviews, Aufsätzen und mehreren offenen Briefen als auch der Mitgliede-

rentscheid in der FDP hatten zum Ziel, die bestehenden und regierenden Parteien von ihrem Kurs in der Euro-Politik abzubringen.

Die Chancen standen zu diesem Zeitpunkt alles andere als schlecht. Selbst die später durch die AfD vertretene Forderung einer flexiblen Währungsunion und der damit zusammenhängende antizipierte Rauswurf Griechenlands aus dem Euro-Raum wurden in der schwarz-gelben Koalition durchaus diskutiert. Wesentliche Positionen, die Rechtsliberale vertraten, standen bis Sommer 2012 zur Diskussion. Doch die Hoffnungen von Lucke und Co., die Bundesregierung würde ihren Empfehlungen folgen, minimierten sich mehr und mehr.

Am 29. Juni stimmte der Bundestag dem ESM zu, was eine herbe Niederlage für Frank Schäffler und seinen Flügel innerhalb der FDP bedeutete. Wenige Tage später kündigte EZB-Präsident Mario Draghi eine neue Praxis beim Kauf von Staatsanleihen an. Als am 2. August 2012 die EZB dann tatsächlich beschloss, am sogenannten Sekundärmarkt Staatsanleihen von Staaten des Euro-Gebietes, deren Zinsen sehr hoch waren, von Investoren zurückzukaufen, stimmte als einziger des 27-köpfigen EZB-Rats der deutsche Vertreter dagegen. (Stütze 2013: 333) Auch wenn Deutschland eine dominante Rolle innerhalb der EU und der EZB spielt, musste sich die Bundesregierung dem EZB-Kurs anpassen. Bereits im August und September zeichnete sich ab: Ein Ausschluss Griechenlands war vom Tisch, und auch die Forderung nach einer flexiblen Währungsunion war mit der bestehenden Regierung nicht durchzusetzen. Lucke und Co. dürften erkannt haben, dass ihre Strategie, durch öffentlichen Druck auf die Union und FDP einzuwirken, gescheitert war.

Hinter der Auseinandersetzung um die Rettungspolitik der Bundesregierung stand auch ein rechtsliberales Europakonzept. Rechtsliberale verbinden einen Wirtschaftsliberalismus mit Kulturkonservatismus und verknüpfen ihre »Freiheitsideologie eng mit dem Konzept nationalstaatlicher Souveränität«. (Plehwe 2016: 56) Vor allem wegen der Verabschiedung der Maastrichter Verträge Anfang der 1990er Jahre ist ein Riss durch das wirtschaftsliberale Lager gegangen: Während für Rechtsliberale »Maastricht eine Gefahr für die nationale Stabilitätspolitik darstellte, weil der eingeschlagene Pfad der europäischen Integration die Sanktionsgewalt des Staates unterminiere, sahen die Chefvolkswirte der Großbanken in Unterstützung der Maastricht-Koalition die Gefahr eher in einem für wirtschaftspolitische Rückfälle anfälligen nationalistischen Denken.« (Ebd.: 57) Neoliberal sind beide Varianten, es geht nur um die Frage, »auf welcher Ebene und in welcher Form die für den möglichst wirtschaftsliberalen Kapitalismus erforderlichen Staatsfunktionen angeordnet werden«. (Ebd.) Rechtsliberale lehnen Europa nicht per se ab, die »positiven Elemente der Europäischen Integration« sollen erhalten bleiben. (Ebd.: 60) Entsprechend geht es nicht um eine Auflösung der EU, sondern um eine konservative Reform.

Lucke gründete gemeinsam mit rechten KulturkämpferInnen wie Beatrix von Storch im September 2012 den *Verein zur Unterstützung der Wahlalternative 2013*, der wenige Monate später zur Gründung der AfD führte. Dass im Verein nicht nur Rechtsliberale dabei waren, sondern auch von Storch samt ihrem Kampagnennetzwerk, zeigt, dass er von Anfang an darauf ausgelegt war, eine rechte Sammlungspartei ins Leben zu rufen. Ausschlaggebend für das Bündnis dürfte die Einschätzung gewesen sein, dass weder eine rechtsliberale Partei noch eine ausschließlich rechtskonservative Partei langfristig Chancen hätte.

Mittlerweile überwiegt innerhalb der Partei und in der Auseinandersetzung mit der AfD der rechte Kulturkampf, doch sowohl in der Gründungsphase der Partei als auch heute spielen die Fugen innerhalb des neoliberalen Machtblocks eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Die AfD und Die Familienunternehmer

Frederic Heine und Thomas Sablowski untersuchten im Jahr 2013 die »Europapolitik des deutschen Machtblocks und ihre Widersprüche« und konnten erste Risse in diesem Machtblock ausfindig machen. Grundlage ihrer Analyse sind Positionspapiere und Pressemitteilungen von Wirtschaftsverbänden zur Krisenpolitik, die zwischen Oktober 2009 und Juli 2013 veröffentlicht wurden. Vor allem ein Verband stach bei der Analyse heraus: *Die Familienunternehmer*. *Die Familienunternehmer* war der einzige deutsche Verband, der sich während der Eurokrise grundsätzlich gegen die Eurorettungspolitik stellte. Er unterstützte zudem die Klage gegen den ESM vor dem Bundesverfassungsgericht und forderte den Ausschluss Griechenlands aus der Euro-Zone. (Heine/Sablowski 2013: 28) Überdies verlangten *Die Familienunternehmer* »eine weitere Verschärfung der fiskalpolitischen Maßnahmen«, wendeten sich gegen »jede Form von wirtschaftspolitischer Europäisierung« und bedienten sich »einer zum Teil rechtspopulistischen Rhetorik« (ebd.: 31).

Doch weshalb diese Ablehnung der Eurorettungspolitik? Heine und Sablowski gehen davon aus, dass sich ein aktiver Teil dieser Unternehmen durch eine zunehmende europäische Integration verstärkter Konkurrenz ausgesetzt sieht, die sie mehr gefährde, als sie ihnen nutzen würde. »Daher versuchen sie, diese durch verschiedene politische (und rechtliche) Interventionen aufzuhalten«. (Ebd.)

Die Fraktion der international agierenden Unternehmen hingegen orientiert sich auf den europäischen und außereuropäischen Markt. Sie erhoffen sich durch die europäische Währungsunion und eine stabile EU bessere Chancen hinsichtlich einer globalen Expansion. Entsprechend setzen sie auf einen harten Austeritätscurs und die – in ihrem Sinne – Verbesserung der Standortbedingungen, was zum Beispiel bedeutet, durch »Flexibilisierungen« die Arbeitsrechte einzuschränken und die Löhne zu senken. (Ebd.: 32)

Gerade in der Anfangszeit der AfD war der Kontakt zwischen dem *Familienunternehmerverband* und der Partei eng. Ein Beispiel: Anfang Mai 2014, kurz vor den Wahlen zum Europaparlament, hielt der Verband ein großes Treffen in Dresden ab; prominenter Redner war Bernd Lucke, der zu Beginn des zweiten Tages – zur besten Zeit also – eine Stunde lang seine Euro- und Europakonzepte vorstellen durfte. Keine andere Institution ging mit der AfD so früh auf Tuchfühlung; anlässlich der Einladung erklärte der Hauptgeschäftsführer der *Familienunternehmer*, Albrecht von der Hagen: »Damit zeigen wir, wie unzufrieden wir mit der jetzigen Bundesregierung sind« und fuhr fort: »Viele Fragen der AfD sind auch unsere Fragen«. (Pichler 2014)

Doch die Liaison währte nicht lange. Ein Jahr später, beim Familienunternehmertag im April 2015, kamen alle Parteien in Panels zu Wort – alle bis zu auf zwei: DIE LINKE und die AfD. Lutz Goebel, der Präsident des *Familienunternehmerverbands*, äußert sich seit etwa zwei Jahren regelmäßig scharf ablehnend, wenn es um die AfD geht. So bereits im September 2014 in einem Interview mit dem *Tagesspiegel*. Zwar wiederholte er die Auffassung seines Hauptgeschäftsführers, die AfD stelle die richtigen Fragen. Aber: Sie »gibt aber die falschen Antworten«. (Jahberg 2014)

Dieser Kurswechsel dürfte erstens darin begründet sein, dass die AfD vielen im Verband schlicht zu rechts geworden ist, insbesondere nach der Abspaltung der Lucke-Fraktion. Nach einem erbitterten Kampf innerhalb der Partei um Machtpositionen und die Ausrichtung verließen Teile der rechtsliberalen Fraktion die AfD und gründeten eine neue Partei, die allerdings bislang bedeutungslos ist. Die Abspaltung dürfte moderatere Kräfte innerhalb des *Familienunternehmerverbands* bestätigt haben: Zwar bestand anfänglich die

Hoffnung, mittels der AfD Druck auf die Union und die FDP aufbauen zu können, doch mit der zunehmenden Öffnung in Richtung völkischer Kreise haben vor allem die eher gemäßigten Kräfte im Verband von dieser Strategie abgelassen.

Zweitens sind im Verband sehr unterschiedliche Interessen vertreten – einige der sogenannten Familienunternehmen, besonders in Süddeutschland, sind direkt auf den Markt außerhalb Deutschlands angewiesen – oder mittelbar, wenn sie etwa Zulieferer für die Autoindustrie sind. Eine Abschaffung des Euro oder ein Austritt aus der EU ist nicht in ihrem Sinne.

Drittens dürften selbst die Teile, die der AfD wohlgesonnen sind und die Partei auch gerne offen unterstützen würden, nicht an einer Spaltung des Verbands interessiert sein. Um zu verhindern, dass sich zwei nebeneinander existierende Lobbyorganisationen gegenseitig schwächen, befinden sie sich aufgrund ungünstiger Kräfteverhältnisse innerhalb des Verbands in der Defensive.

Doch es irrt, wer glaubt, die Kontakte zwischen den reaktionären Teilen des *Familienunternehmerverbands* und der AfD seien gänzlich abgebrochen. Hier wirkt die *Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft* und die mit dieser eng kooperierenden *Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft* als integrierende Klammer. Die als Verein organisierte Gesellschaft sowie die Stiftung setzen sich für die Förderung marktradikaler Ideen im Sinne des neoliberalen Vordenkers Hayek ein. Parallel zur Spaltung in der AfD, kam es auch zu einem Bruch innerhalb der *Hayek-Gesellschaft*. Namhafte Mitglieder wie der FDP-Chef Christian Lindner und die Publizistin Karen Horn traten aus Protest gegen die zunehmende Rechtsverschiebung der *Hayek-Gesellschaft* aus. Der Einfluss der *Familienunternehmer* in der *Hayek-Gesellschaft* hat dadurch in jüngster Zeit sogar zugenommen. Dem von LobbyControl betriebenen Online-Lexikon *Lobbypedia* zufolge kam der Austritt der Liberalen dem *Familienunternehmerverband* zugute: Im Rahmen der nach der Spaltung notwendigen Umstrukturierung »verstärkte der Verein seine Präsenz in deren Leitungsgremien«. (Lobbypedia 2016)

Nicht nur die reaktionären Teile des *Familienunternehmerverbands* befinden sich mit der AfD im Austausch. Zwar ist nicht zu bestreiten, dass einige Unternehmer wie Hans Wall, Firmengründer der Wall AG, oder wie der ehemalige BDI-Chef Heinrich Weiss die AfD nach der Spaltung verlassen haben. Aber es sind eben auch Unternehmer geblieben und häufig auf kommunaler Ebene aktiv. Laut der *WirtschaftsWoche* ist die Mitgliederzahl des AfD-Mittelstandsforums seit Juli 2015 denn auch stabil geblieben. (Fischer u.a. 2016) Nach der Spaltung hatten sich Frauke Petry und das Mittelstandsforum mittels einer gemeinsamen Erklärung auch um den Verbleib der Unternehmer bemüht: »Die Wiederherstellung der patriotisch/konservativen Ausrichtung der AfD-Partei geht nicht zu Lasten wirtschaftsliberaler Positionen, weil sie komplementär zu ihnen erfolgt.« (Petry/Müller 2015)

Die AfD umgarnt eine weitere Gruppe der Kapitaleite: das Immobilienkapital. Das zeigt das Beispiel Berlin, wo die Themen Wohnen und Miete wichtige Themen im Wahlkampf zur Abgeordnetenhauswahl 2016 waren. Im Wahlprogramm spricht sich die AfD gegen die Mietpreisbremse, für mehr Eigenverantwortung und marktwirtschaftliche Anreize, niedrigere Steuern und weniger Bürokratie aus, um auf diese Weise mehr Wohnraum zu schaffen. So möchte die AfD die Grunderwerbssteuer von 6 Prozent auf 3,5 Prozent senken, was aller Voraussicht nach zu einer Zunahme von Immobilienspekulationen führen würde.

Auch die rechtsliberale Europakonzeption ist bei der AfD noch nicht vom Tisch. Zwar

lehnen Teile der Partei die EU in Gänze ab, doch trotz der lauten Anti-EU-Töne finden sich auch in der Post-Lucke-AfD weiterhin – wenngleich in der Minderheit – entsprechende Positionen. So befürwortet etwa Vize-Chef Alexander Gauland eine Rückbesinnung der EU auf einen gemeinsamen Handelsraum.

Fazit und Ausblick

Die AfD tritt nicht nur offen für UnternehmerInnen auf, sondern weiß sehr genau, dass sie deren Interessen berücksichtigen muss, um sich mittelfristig zu konsolidieren. Deshalb ist davon auszugehen, dass sich die bestehenden Verbindungen vertiefen und sich auch UnternehmerInnen offen zur AfD bekennen werden, wenn der bereits begonnene Normalisierungsprozess der AfD weiter voranschreitet. Die AfD ist als rechte Alternative zu Union und FDP für die ChefInnenetagen noch längst nicht abgeschrieben. Um den Formierungsprozess der Rechten in Deutschland genau analysieren zu können, wird es weiterhin notwendig sein, die Kapitalfraktionierungen zu analysieren und ihr Verhältnis zum rechten Projekt zu bestimmen. Davon wird wesentlich abhängen, wohin sich das rechte Projekt, und mit ihm die AfD als entscheidende Akteurin, entwickelt.

Literatur

- Bieling, Hans-Jürgen / Steinhilber, Jochen (2000): Hegemoniale Projekte im Prozeß der europäischen Integration, in: Bieling, Hans-Jürgen / Steinhilber, Jochen (Hg.) Die Konfiguration Europas, Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster, 102–130
- Buckel, Sonja / Georgi, Fabian / Kannankulam, John / Wissel, Jens (2014): Historisch-materialistische Politikanalyse. Die Operationalisierung materialistischer Staatstheorie für die empirische Forschung, in: Buckel, Sonja / Georgi, Fabian / Kannankulam, John / Wissel, Jens (Hg.) Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung. Bielefeld, 43–59
- Fischer, Konrad et al (2016): Die AfD wird im Mittelstand salonfähig. <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/parteien-die-afd-wird-im-mittelstand-salonfaehig/14515408.html>
- Friedrich, Sebastian (2012): Sprung nach links? Zu den jüngsten Wendungen im FAZ-Feuilleton, in: DISS Journal Nr. 23, 35–37
- Friedrich, Sebastian (2016): Chefsache AfD. Der Kontakt zwischen AfD und »mittelständischen Unternehmen« wird wieder enger, in: ak – analyse & kritik Nr. 619
- Funke, Michael / Lucke, Bernd / Straubhaar, Thomas (2005): Hamburger Appell. https://www.wiso.uni-hamburg.de/fileadmin/wiso_vwl_iwk/paper/appell.pdf
- Heine, Frederic / Sablowski, Thomas (2013): Die Europapolitik des deutschen Machtblocks und ihre Widersprüche. Eine Untersuchung der Positionen deutscher Wirtschaftsverbände zur Eurokrise. Berlin
- Jahberg, Heike (2014): »Die AfD ist keine Alternative« – Interview mit Familienunternehmer Lutz Goebel. <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/interview-mit-familienunternehmer-lutz-goebel-die-afd-ist-keine-alternative/10766710-all.html>
- Kemper, Andreas (2016): Antiemanzipatorische Netzwerke und die Geschlechter- und Familienpolitik der Alternative für Deutschland, in: Häusler, Alexander (Hg.) Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden, 81–97
- Lobbypedia (2016): Die Familienunternehmer – ASU. https://lobbypedia.de/wiki/Die_Familienunternehmer_-_ASU
- Petry, Frauke / Müller, Hansjörg (2015): Gemeinsame Presseerklärung der AfD-Partei und des Mittelstandsforums. <http://mittelstandsforum.org/gemeinsame-presseerklaerung-der-afd-partei-und-des-afd-mittelstandsforums>

- Pichler, Roland (2014): Familienunternehmen geben der AfD die Bühne. <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.ausserparlamentarische-opposition-familienunternehmen-geben-der-afd-eine-buehne.cf6fce07-5d4d-4505-b2dd-19a8fe6dc1ca.html>.
- Plehwe, Dieter (2016): Alternative für Deutschland? Europäische und transatlantische Dimensionen des neuen Rechtsliberalismus, in: Häusler, Alexander (Hg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden, 53–66
- Prokla-Redaktion (2016): Der globale Kapitalismus im Ausnahmezustand, in: PROKLA 46 (4), 507–542
- Sablowski, Thomas (2008): Kapitalfraktionen, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus Bd. 7/I. Hamburg, 203–220
- Stütze, Ingo (2013): Austerität als politisches Projekt. Von der monetären Integration Europas zur Eurokrise. Münster